

**beratungsNetzwerk
hessen**

Gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus



BERATUNG UND PRÄVENTION 2016

Auswertung und Übersicht über die Tätigkeiten
des Beratungsnetzwerks Hessen

herausgegeben vom
Demokratiezentrum Hessen



IMPRESSUM:

Beratung und Prävention 2016

Auswertung und Übersicht über die Tätigkeiten des beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Sophie Schmitt, Reiner Becker, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:

Demokratiezentrum Hessen im beratungsNetzwerk hessen -
gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Tel.: 06421 - 28 21 110

E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Logo-Gestaltung: KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH

1. Auflage 2017

Copyright: Demokratiezentrum Hessen

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Marburg 2017

INHALT

1. Das Beratungsnetzwerk verdoppelt seine Aktivitäten – Höchststand seit Gründung	3
2. Beratung	5
2.1 Verdoppelung der Beratungsfälle.....	5
2.2 Wo findet Beratung statt? Die Verteilung nach Landkreisen.....	6
2.3 Wer sucht Beratung? Die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer.....	9
2.4 Warum wurde eine Beratung gesucht? Die Beratungsanlässe.....	11
2.5 Was wünschen sich die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer von einer Beratung? Die Beratungsbedarfe.....	13
3. Prävention	14
3.1 Anzahl der Präventionsmaßnahmen und -formate.....	14
3.2 Themen und Zielgruppen.....	15
3.3 Verteilung nach Landkreisen.....	17
Abbildungsverzeichnis	20



1. DAS BERATUNGSNETZWERK VERDOPPELT SEINE AKTIVITÄTEN – HÖCHSTSTAND SEIT GRÜNDUNG

Noch nie zuvor hatte das *beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus* so viel zu tun wie im vorigen Jahr 2016. Seit 2007 berät es Hilfesuchende – Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Diskriminierungsopfer und andere Betroffene – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder gewaltorientiertem Salafismus und bietet ein breites Spektrum entsprechender Präventionsmaßnahmen an. Mit 138 Beratungsfällen und 92 Präventionsmaßnahmen wurde 2016 der Höchststand seit der Gründung des Beratungsnetzwerk Hessen im Jahr 2007 erreicht.

Das Netzwerk bietet professionelle, individuell am jeweiligen Bedarf orientierte, aufsuchende und kostenlose Beratung an. Dabei kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater, um gemeinsam Rechtsextremismus zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des als koordinierende Geschäftsstelle fungierenden Demokratiezentrum Hessen durch Förderprogramme des Bundes (Familienministerium) und des Landes Hessen (Innenministerium). Derzeit sind vor Ort fast 40 Beraterinnen und Berater des Netzwerkes im Einsatz.

Über die Beratung hinaus ist das Beratungsnetzwerk Hessen seit 2015 auch zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention und Demokratieförderung bezüglich Rechtsextremismus und gewaltorientiertem Islamismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an.

Ursachen für den stark gewachsenen Beratungsbedarf und die zunehmende Nachfrage nach Präventionsmaßnahmen im vorigen Jahr 2016 sind zum einen veränderte gesellschaftliche Stimmungen und Problemlagen wie das Erstarken des Rechtspopulismus im Zuge der „Flüchtlingskrise“, zum anderen aber auch der gestiegene Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerks und seiner Expertinnen und Experten sowie Beraterinnen und Berater. Dementsprechend wurde politisch mit einer Ausweitung der Bundes- und Landesförderung

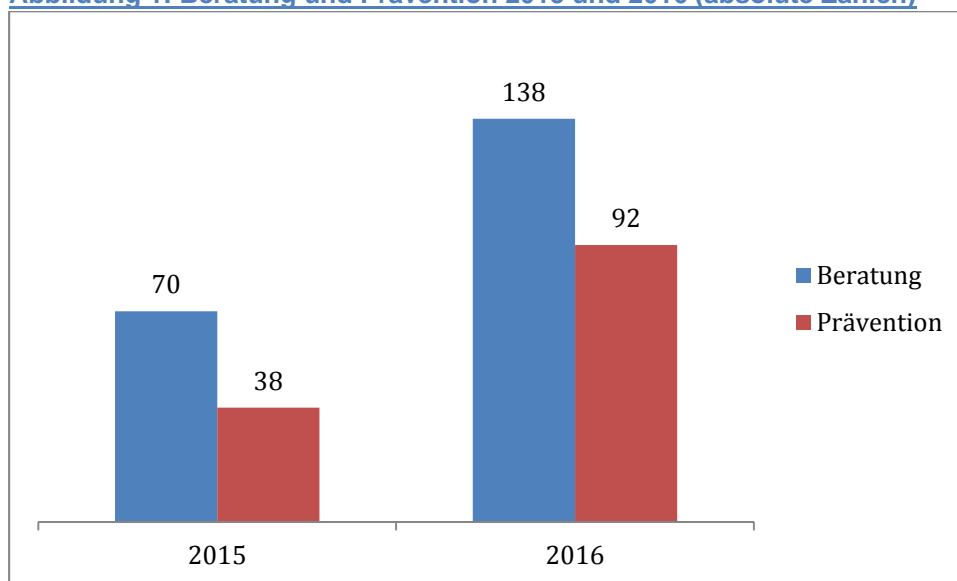


und im Zuge dessen strukturell mit einer Ausdifferenzierung der Beratungs- und Präventionsangebote reagiert.

Seit Gründung des Netzwerks 2007 wurden – einschließlich der Rekordzahlen aus 2016 – insgesamt 689 Beratungs- bzw. Präventionsfälle registriert, in denen es tätig wurde.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Beratungs- und Präventionsarbeit des Beratungsnetzwerks im Jahr 2016 gegeben. Dieser basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Präventionsprozesse der jeweiligen Teams durch das an der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Demokratiezentrum.

Abbildung 1: Beratung und Prävention 2015 und 2016 (absolute Zahlen)



2. BERATUNG

Die Gründe, warum sich Menschen, Vereine oder Organisationen an das Netzwerk wenden und beraten werden wollen, sind sehr unterschiedlich:

- *Ein Fackelmarsch rechtsextremer Aktivisten wird angemeldet. Die Kommune möchte dagegen vorgehen.*
- *Ein Jugendlicher fällt durch flüchtlingsfeindliche Aussagen auf und gerät zunehmend in Kontakt mit rechtsextremen Gruppen. Die Eltern suchen Beratung.*
- *Eine Beratungsnehmerin berichtet von einer Wohnungskündigung nach einer längeren Periode rassistischer Anfeindungen und benötigt psychosoziale Unterstützung.*
- *Eine Schülerin äußert im Rahmen einer Hausarbeit antisemitische Verschwörungstheorien. Die Schulleitung fragt um Rat.*

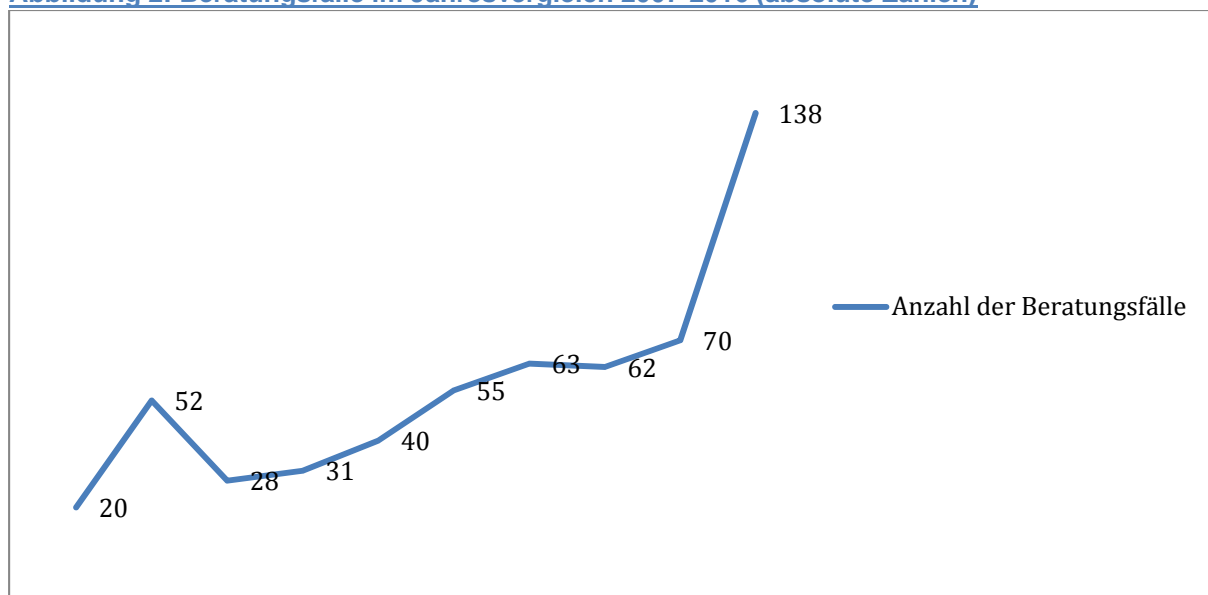
In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, unbürokratisch, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

2.1 Verdoppelung der Beratungsfälle

2016 wurde das Beratungsnetzwerk Hessen in insgesamt 138 Fällen für eine Beratung angefragt, und damit wurde der Höchststand seit Bestehen des Netzwerks erreicht. Bereits seit 2009 verzeichnet es einen kontinuierlichen Anstieg der Beratungszahlen. 2016 (138 Fälle) verdoppelte sich die Zahl nahezu im Vergleich zum Vorjahr (2015: 70 Fälle). Im ersten Quartal des Jahres 2017 wurden zudem bereits 40 Beratungsfälle registriert, was die Tendenz nach oben bestätigt. Insgesamt waren die Beraterinnen und Berater des Netzwerks zwischen Anfang 2007 und Ende 2016 hessenweit insgesamt 559 Mal im Einsatz, um Menschen beratend zu unterstützen.



Abbildung 2: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007-2016 (absolute Zahlen)



Bei der angegebenen Fallzahl ist zu berücksichtigen, dass 2016 Beratungsprozesse weitergeführt worden sind, die bereits 2015 oder früher begonnen haben und in der Zahl von 138 neuen Beratungsfällen für das Jahr 2016 nicht enthalten sind.

Beratungsprozesse dauern unterschiedlich lange: Manchmal können bereits in einem Telefonat Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden; meist werden Personen jedoch über einen längeren Zeitraum in Form von persönlichen Beratungsgesprächen begleitet und in ihren Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gestärkt.

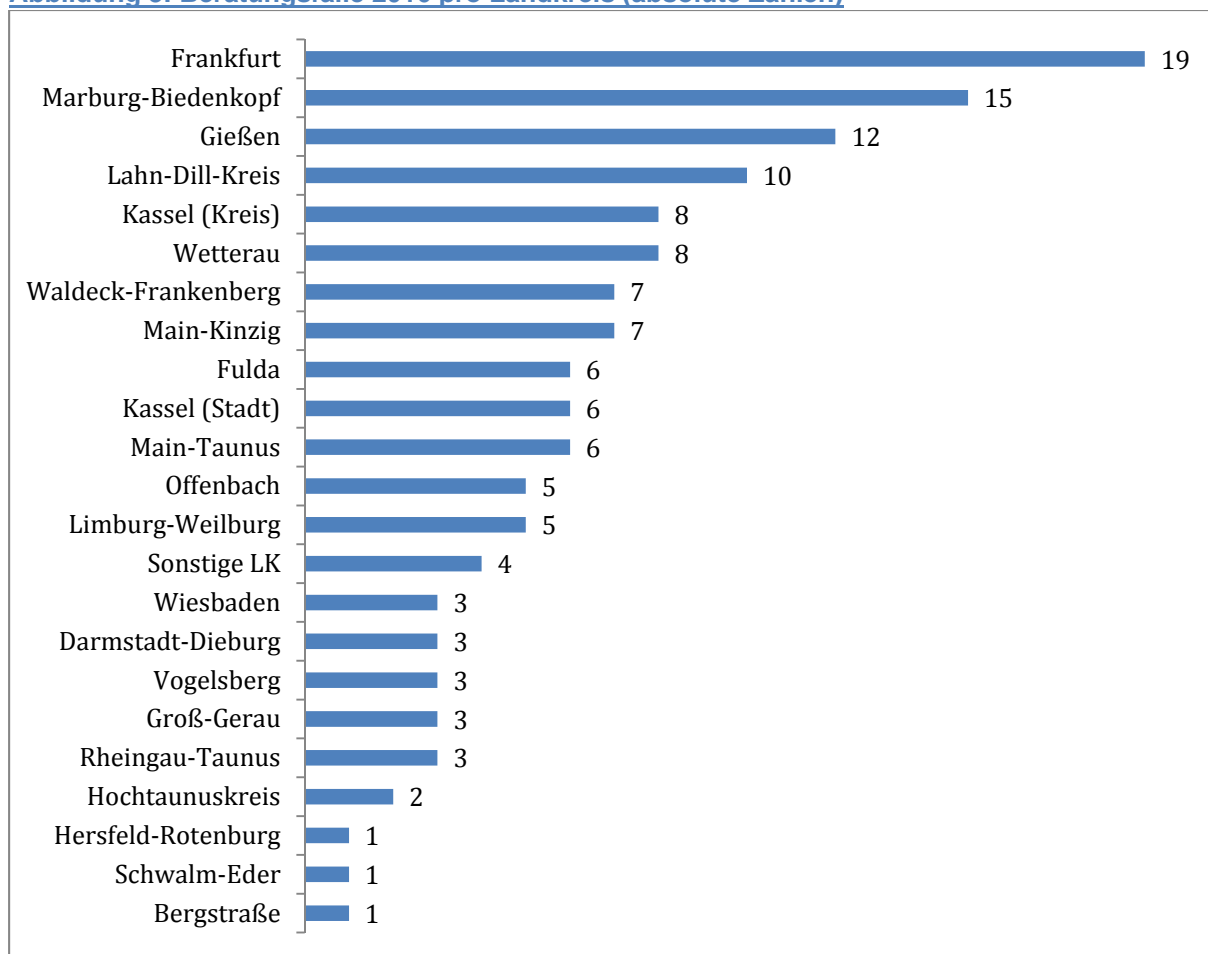
2.2 Wo findet Beratung statt? Die Verteilung nach Landkreisen

Ein Blick auf die Verteilung der Beratungsfälle nach Landkreisen zeigt, dass das Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks Hessen grundsätzlich in ganz Hessen und gleichermaßen in ländlichen Regionen wie in Städten wahrgenommen wird. Dabei zeigen die Zahlen nicht unbedingt den tatsächlichen Bedarf oder die Belastung durch Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem Landkreis an; die Verteilung spiegelt zunächst nur wider, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe durch das Beratungsnetzwerk Hessen holen. Hohe Zahlen in den einzelnen Landkreisen lassen also vor allem auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung sowie den Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerk Hessen schließen. Ratsuchende wenden sich

häufig direkt an das an der Philipps-Universität in Marburg angegliederte, die Beratungsprozesse koordinierende Demokratiezentrum Hessen und zunehmend an die Träger der mobilen Beratungsteams selbst. Wo also das Beratungsnetzwerk Hessen bzw. seine Teams der mobilen Beratung regional bekannt und verankert sind, wird das Angebot öfter nachgefragt. Dies zeigt sich beispielsweise am Landkreis Marburg-Biedenkopf, in dem das Demokratiezentrum und das Programm „Rote Linie – Hilfen zum Einstieg vor dem Ausstieg“ angesiedelt sind, an Frankfurt/M. mit Sitz der Bildungsstätte Anne Frank und der Opferberatung *response*. oder der Stadt bzw. dem Landkreis Kassel mit Sitz der Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrums.

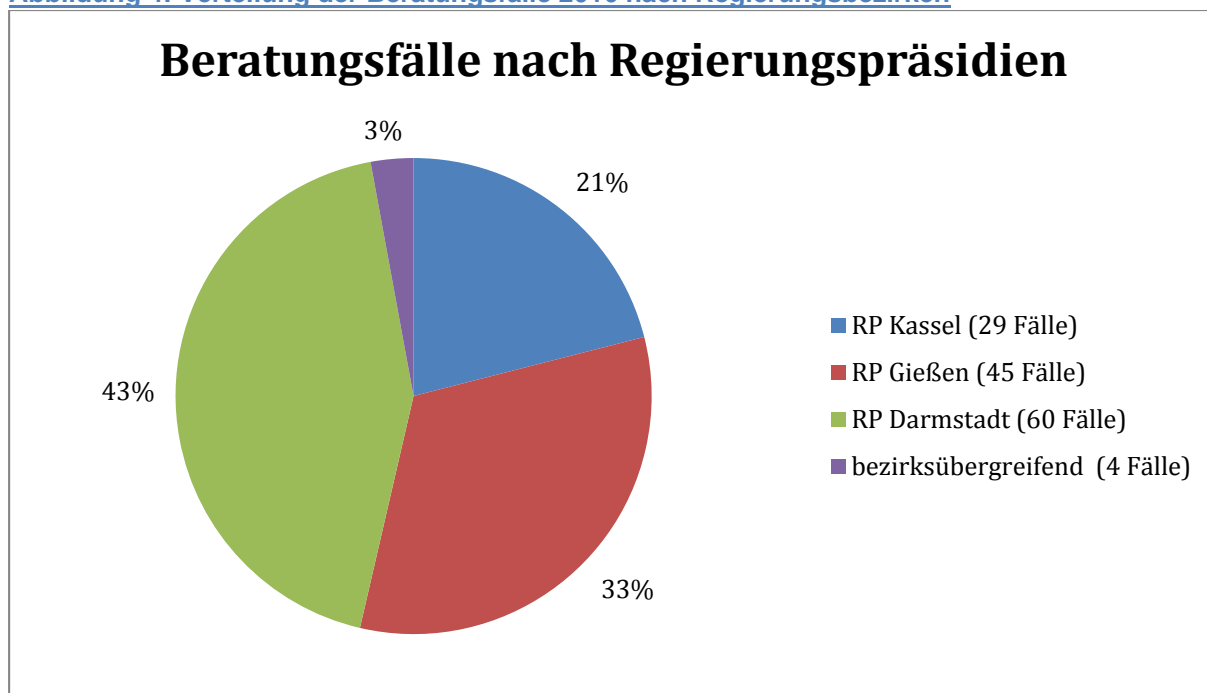


Abbildung 3: Beratungsfälle 2016 pro Landkreis (absolute Zahlen)



Betrachtet man die Verteilung der Beratungsanfragen nach Regierungspräsidien (RP), so ist der Regierungsbezirk Darmstadt mit 60 Beratungsfällen (43 % der Anfragen) ein Schwerpunkt der Beratungsaktivitäten des Netzwerks. Es folgen das RP Gießen mit 45 Beratungsfällen (33 % der Anfragen) und das RP Kassel mit 29 Beratungsfällen (21 % der Anfragen). Vier Fälle (3 %) haben einen bezirksübergreifenden Bezug.

Abbildung 4: Verteilung der Beratungsfälle 2016 nach Regierungsbezirken



2.3 Wer sucht Beratung?

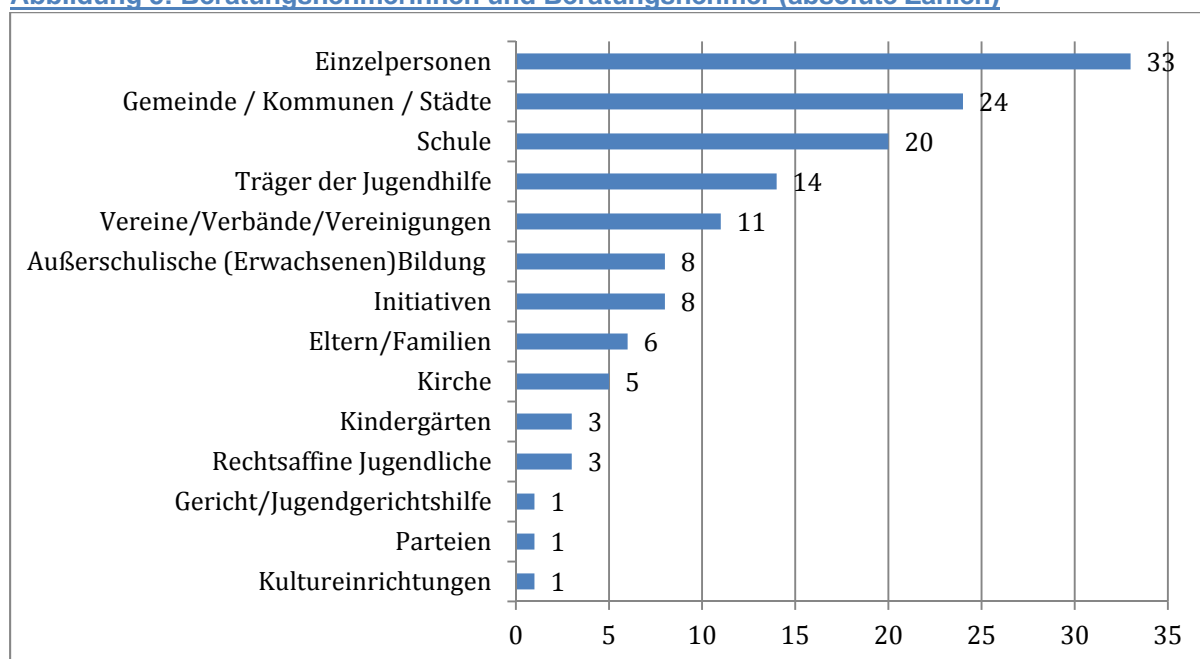
Die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer

Das Beratungsangebot steht allen Personen, Institutionen oder Organisationen offen. Jedoch häufen sich die Anfragen aus einigen Bereichen. Ähnlich wie im Jahr 2015 wurden 2016 hauptsächlich drei Gruppen beraten: Einzelpersonen, Gemeinden/Kommunen/Städte und Schulen. Die hohe Zahl von *Einzelpersonen* ist vor allem auf die wachsende Nachfrage nach der seit 2015 bestehenden Opferberatung¹ zurückzuführen. Von den 33 Einzelpersonen (23,9 % aller Beratungsanfragen), die sich an das Beratungsnetzwerk gewendet haben, nahmen 19 Personen – das sind etwa zwei Drittel – dieses Beratungsangebot in Anspruch.

¹ Im Jahr 2015 hat die hessenweite, von Bund und Land geförderte Beratungsstelle *response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt* nach einer intensiven Phase des Aufbaus ihre Arbeit aufgenommen. Mit der neuen Beratungsstelle konnte die in Hessen vorhandene Lücke für Betroffene rechter Gewalt geschlossen werden. Sie ist an der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/M. angesiedelt und hilft speziell Menschen, die von rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, antimuslimischer oder antiziganistischer Gewalt betroffen sind. Die Beraterinnen und Berater von *response* begleiten und unterstützen diese Menschen und helfen dabei, Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Erlebten zu entwickeln bzw. zu stärken.

Kommunen, Städte und Gemeinden, die 2015 angesichts der damals aktuellen Fluchtthematik noch die Hauptgruppe in der Beratungstätigkeit des Netzwerks darstellten, waren im Jahr 2016 mit 17,4 % die zweitgrößte Gruppe unter den Beratungssuchenden. Dabei ging es im Wesentlichen um die Beratung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie um das im Juli 2016 angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen implementierte Angebot der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik mit dem Titel „Das Zusammenleben neu gestalten – Angebote für das plurale Gemeinwesen“. Dieses zielt auf die Förderung der Teilhabe von allen Menschen in einer Kommune im sich entwickelnden Gemeinwesen sowie auf die Entwicklung von Handlungsoptionen in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus. Schließlich wurde das Beratungsnetzwerk – wie auch im Vorjahr 2015 – besonders häufig von *Schulen* (14,5%) angefragt, die meist eine Beratung zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus oder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wünschten. Über diese Schwerpunktgruppen hinaus boten die Beraterinnen und Berater des Netzwerks auch *Träger der Jugendhilfe, Vereine und Verbände, Träger der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, zivilgesellschaftliche Initiativen, Eltern bzw. Familien sowie Kirchen*.

Abbildung 5: Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer (absolute Zahlen)



2.4 Warum wurde eine Beratung gesucht?

Die Beratungsanlässe

Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit äußern sich auf vielfältige Weise, entsprechend unterscheiden sich auch die Gründe, die zu einer Beratungsanfrage führen. Die Abbildung 6 zeigt die verschiedenen Anlässe, die 2016 Personen motivierten, eine Beratung beim Beratungsnetzwerk Hessen in Anspruch zu nehmen. Dabei ist zu beachten, dass häufig mehrere Gründe gleichzeitig Anlass für eine Beratungsanfrage gaben. Das gilt insbesondere für Anfragen aus Kommunen. Ähnlich wie im Jahr 2015, in dem im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen in Kommunen verstärkt Vorurteile oder diffuse Ängste gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung wahrgenommen wurden, was oft von Einschüchterungsversuchen, Bedrohung oder gar Gewalt gegenüber Geflüchteten und/oder politisch Verantwortlichen sowie von Hetze im Internet begleitet war, stand 2016 die gesellschaftliche Bewältigung rechtspopulistischer oder rechtsextremer Reaktionen auf die Fluchtthematik im Vordergrund.

Hauptanlässe für eine Beratung waren 2016 mit jeweils 18% hauptsächlich rechtsextreme *Gewalt* und *Vorurteilskulturen*. Dabei meint rechtsextreme *Gewalt* Formen physischer Gewalt gegenüber Personen ebenso wie verbale Gewalt, Einschüchterungsversuche, Bedrohung oder Hetze sowie Gewalt gegen Gegenstände/Sachbeschädigungen mit einem rechtsextremistischen oder rassistischen Hintergrund.

Vorurteilskulturen umfassen wiederholt rassistische Äußerungen oder ein rassistisches Verhalten von mehreren Personen in einem „System“ wie beispielsweise in einer Kommune, einer Schule oder einem Verein. Sie führen etwa dazu, dass in Schulen oder in Städten und Gemeinden „Angstzonen“ entstehen, die von Menschen gemieden werden, gegen die sich die Vorurteile richten.

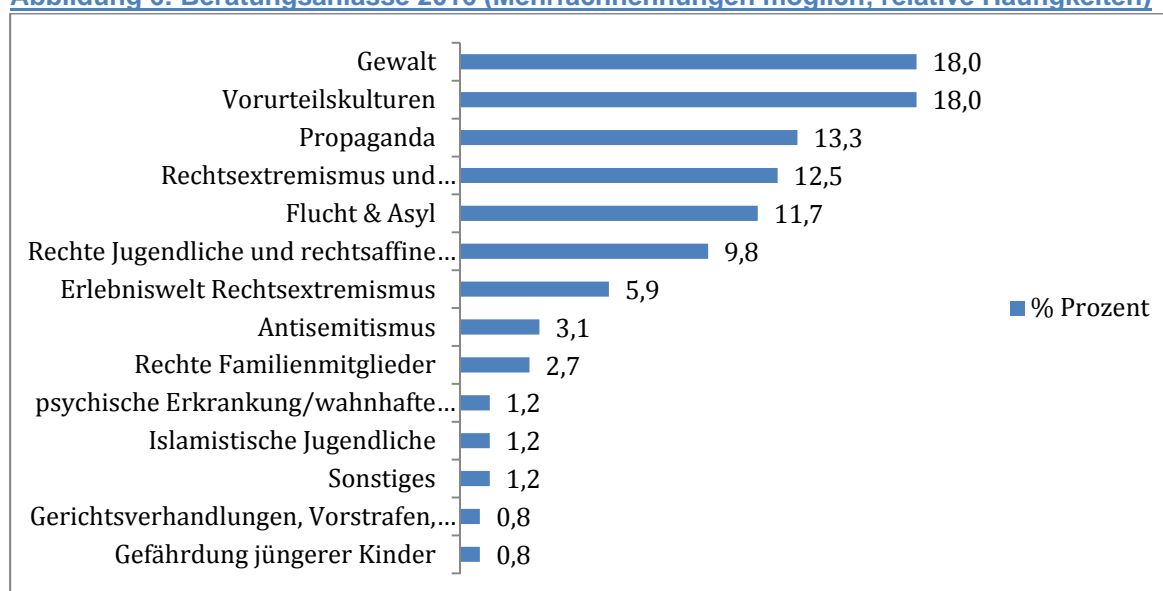
Mit 13,3 % war das Wahrnehmen rechtsextremer *Propaganda* – ähnlich wie im Jahr zuvor (2015: 14,8 %) – ebenfalls ein häufiger Anlass für eine Beratung durch das Beratungsnetzwerk. Rechtsextreme Propaganda umfasst gleichermaßen Formen der NS-Verherrlichung, Hetze über das Internet, extreme Aufkleber, Plakate und Schmierereien sowie rechtsextremes Infomaterial und entsprechende Literatur.

In 12,5 % der Beratungsfälle 2016 waren *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus* Anlass der Beratung (im Vorjahr waren es 10,7 %). Dabei ging es um rechtsextreme Kameradschaften, die NPD, die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“ oder rechtspopulistische Aktivitäten, insbesondere der AfD.

Während im Jahr 2015 Fragen rund um die Unterbringung von Flüchtlingen der Hauptanlass war, eine Beratung durch das Beratungsnetzwerk in Anspruch zu nehmen (20,1 %), waren die Themen *Flucht und Asyl* im Jahr 2016 mit 11,7 % nur noch der fünfhäufigste Beratungsanlass, was aber insgesamt bei gleichen absoluten Zahlen auf die Erhöhung der Gesamtfallzahlen zurückzuführen ist.

Darüber hinaus blieben *Aktivitäten rechtsaffiner Jugendlicher oder Gruppen* (9,8 %), verbunden mit der jugendkulturell geprägten *Erlebniswelt Rechtsextremismus* (5,9%) wie im Vorjahr weiterhin relevante Gründe, sich an das Beratungsnetzwerk Hessen zu wenden. Deutlich häufiger im Vergleich zu 2015 tauchte 2016 schließlich das Thema *Antisemitismus* auf, das mit 3,1 % Anlass für Menschen war, sich an das Beratungsnetzwerk zu wenden (2015: 0,7%).

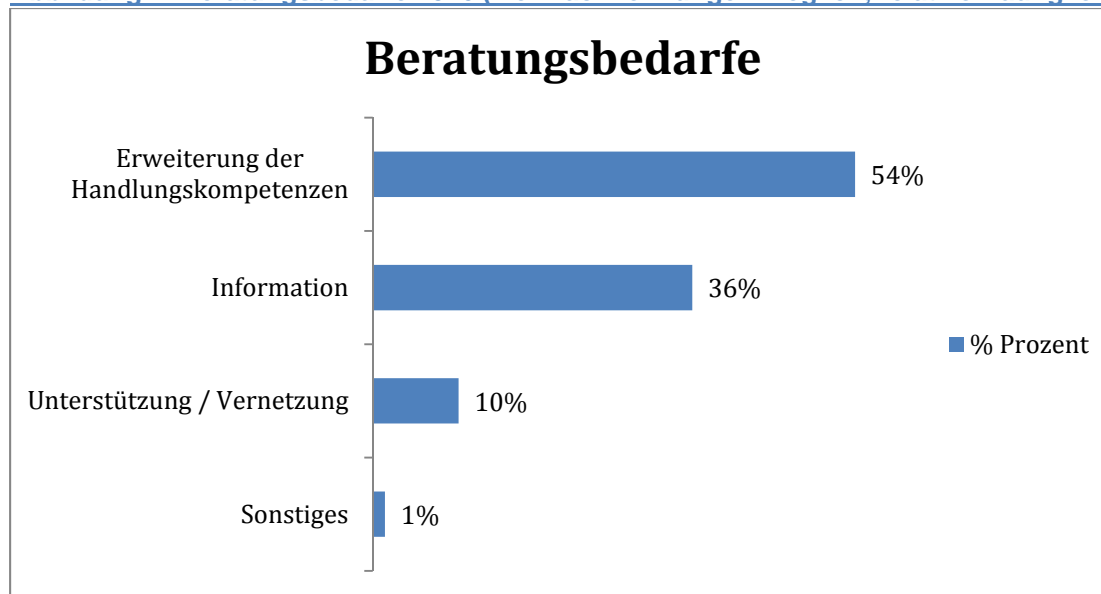
Abbildung 6: Beratungsanlässe 2016 (Mehrfachnennungen möglich; relative Häufigkeiten)



2.5 Was wünschen sich die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer von einer Beratung? Die Beratungsbedarfe

Das Angebot des Beratungsnetzwerks Hessen orientiert sich am konkreten Bedarf des jeweiligen Ratsuchenden. Ziel ist es, Menschen nachhaltig zu befähigen, Probleme vor Ort eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt bearbeiten zu können. Dazu formulieren Hilfesuchende unterschiedliche Wünsche, Erwartungen und Bedarfe.

Abbildung 7: Beratungsbedarfe 2016 (Mehrfachnennungen möglich; relative Häufigkeiten)



Wie auch in den Vorjahren war im Jahr 2016 das zentrale Anliegen vieler Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer, nämlich in 54 % der Fälle, ihre Handlungskompetenzen zu erweitern, um (wieder) handlungsfähig zu werden. Hauptsächlich ging es dabei um die Frage, wie konkret mit Rechtsextremen, mit radikalisierten Jugendlichen oder mit Gewalt und Vorurteilen im Allgemeinen umgegangen werden kann. Einen wichtigen Stellenwert hatte zudem die psychosoziale Beratung im Bereich der Opferberatung. In 10 % der Fälle wurde in der Anfrage bereits zu Beginn der Beratung der Wunsch nach Vernetzung geäußert, beispielsweise in Form eines Austauschs mit anderen betroffenen Eltern oder einer Unterstützung bei der Konstituierung einer Bürgerinitiative oder eines Bündnisses.

Ein wichtiges Ziel vieler Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmern ist es, ihre jeweilige Situation besser einschätzen zu können. In 36 % der Beratungsfälle wurde daher nach spezifischen *Informationen* gefragt, die eine Orientierung in Bezug auf Rechtsextremismus

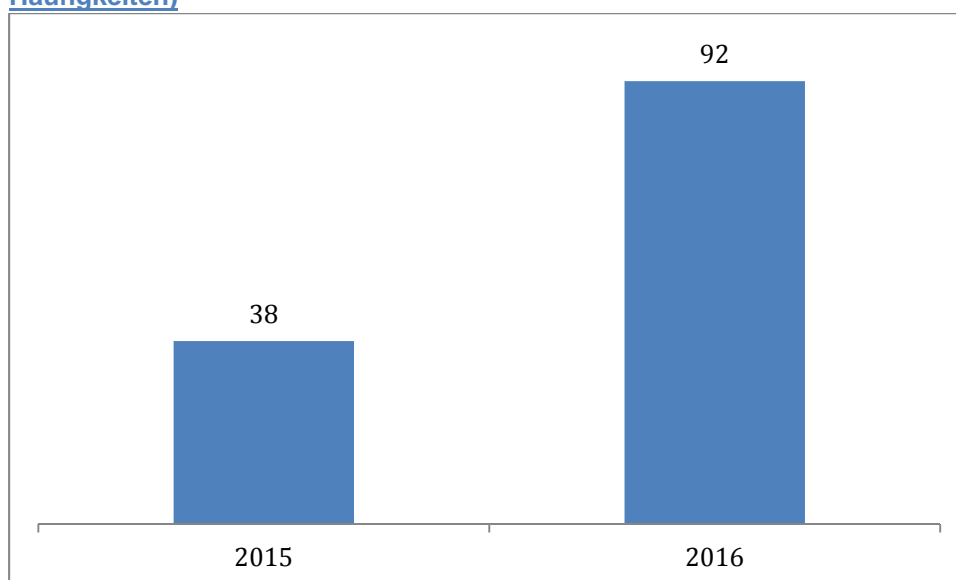
ermöglichen sollten. In diesem Zusammenhang wurden überwiegend Informationsveranstaltungen angeboten. Hauptzielgruppen waren dabei Schulen, d. h. Lehrkräfte und/oder Schülerinnen und Schüler, sowie kommunale Entscheidungsträger.

3. PRÄVENTION

3.1 Anzahl der Präventionsmaßnahmen und -formate

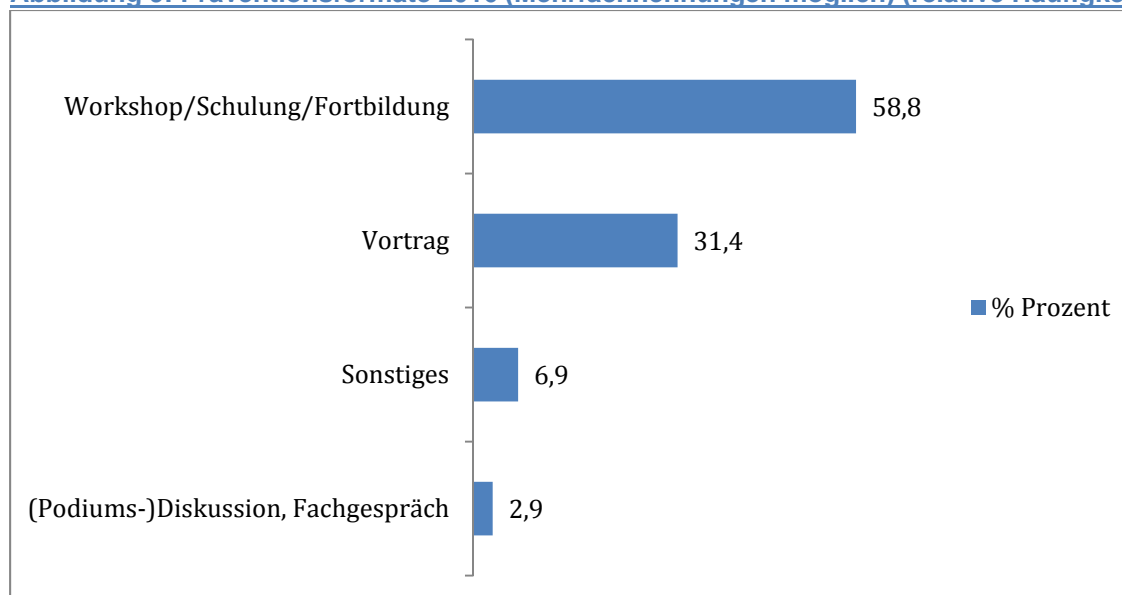
Nach der Aufnahme von Präventionsangeboten in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks im Jahr 2015 hat sich die Zahl der Präventionsprojekte im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr (38 Fälle) mit 92 Fällen mehr als verdoppelt.

Abbildung 8: Anzahl der Präventionsmaßnahmen im Jahr 2015 und 2016 (absolute Häufigkeiten)



Dabei wurden 2016 – wie schon im Vorjahr – überwiegend Fortbildungen und Workshops sowie Vorträge angeboten. Expertinnen und Experten des Beratungsnetzwerkes wurden darüber hinaus zu zahlreichen Diskussionen und Fachgesprächen eingeladen.

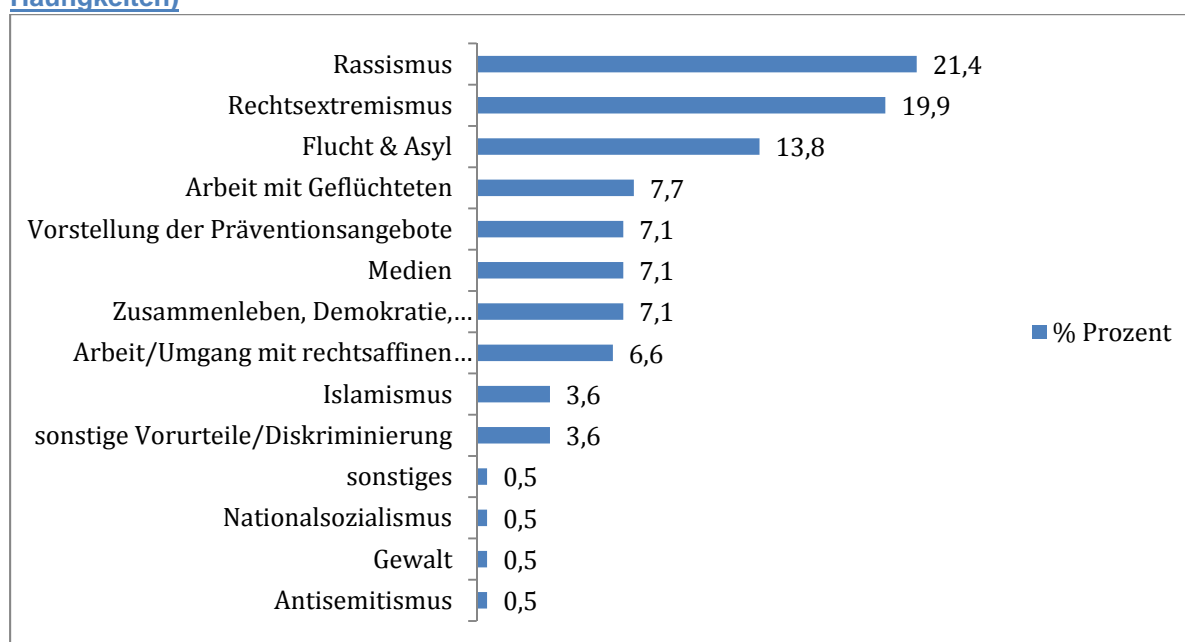
Abbildung 9: Präventionsformate 2016 (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)



3.2 Themen und Zielgruppen

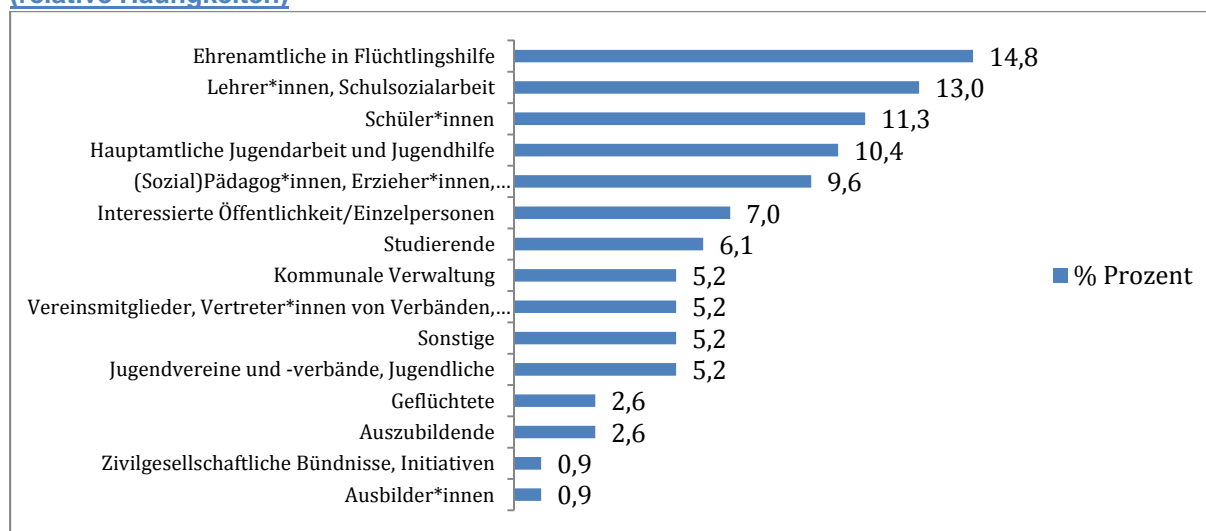
Besonders nachgefragt wurden Präventionsangebote zu den Themen *Rassismus* (21,4 % der Angebote), *Rechtsextremismus* (19,9 %) und *Flucht und Asyl* (13,8 %). Dabei ging es beispielsweise um den Umgang mit (Alltags-)Rassismus sowie mit rassistischen und rechtsextremistischen Anfeindungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Die Arbeit mit Geflüchteten stand in 7,7% der Präventionsmaßnahmen im Vordergrund. Die generelle Vorstellung und Erläuterung der detaillierten *Angebote des Beratungsnetzwerks* bzw. seiner Partnerorganisationen war Gegenstand von 7,1 % aller Präventionsanfragen. Auf ebenso große Resonanz stießen zudem *Medienthemen* (7,1 %), beispielsweise zur Radikalisierung durch das Internet, Online-Propaganda oder „Hate Speech“ in sozialen Medien. Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, von Demokratie und Mitbestimmung wurden in 7,1% der Angebote behandelt. Außerdem gab es viele Präventionsmaßnahmen zur Frage nach einem angemessenen *pädagogischen Umgang mit rechtsaffinen bzw. radikalisierten Jugendlichen* (6,6 %). Weiterhin wurden Präventionsmaßnahmen zum Thema *Islamismus* (3,6 %) sowie das Thema *Vorurteile und Diskriminierung* (3,6 %) beim Beratungsnetzwerk Hessen nachgefragt.

Abbildung 10: Themen der Präventionsangebote 2016 (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)



Betrachtet man die Zielgruppen der Präventionsprojekte, so sind 2016 drei zahlenmäßig besonders stark vertretende Gruppen auszumachen: Die meisten Angebote der Präventionsarbeit des Beratungsnetzwerks richteten sich im Jahr 2016 an *Ehrenamtliche im Bereich der Flüchtlingshilfe* (14,8 %). Zweite große Zielgruppe waren Schulen, d. h. *Lehrkräfte und pädagogisches Personal* (13 %) sowie *Schülerinnen und Schüler* (11,3 %), die damit zusammengezählt mit 24,3 % die größte Zielgruppe bei den Präventionsangeboten ausmachten. Die dritte Hauptzielgruppe waren Akteure der *Jugendhilfe und sozialen Arbeit* (vor allem mit Blick auf die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen) (10,4 %). Interessiert an den Präventionsangeboten des Beratungsnetzwerks waren außerdem *Einzelpersonen* (7 %), *Studierende* (6,1 %), *Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen* (5,2 %), *Vereinen und Verbänden* (5,2 %), *Jugendvereine und -verbände* (5,2 %).

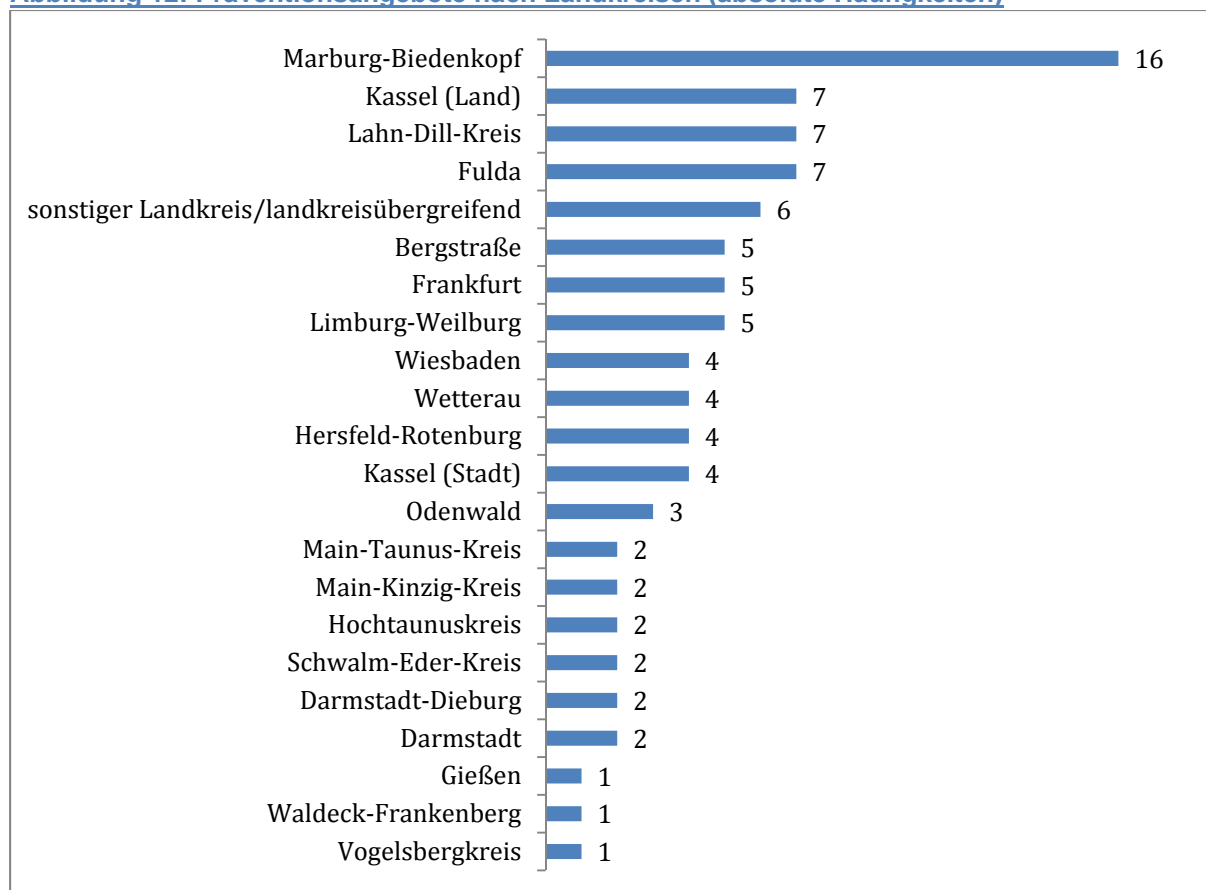
**Abbildung 11: Zielgruppen der Präventionsangebot 2016 (Mehrfachnennungen möglich)
(relative Häufigkeiten)**



3.3 Verteilung nach Landkreisen

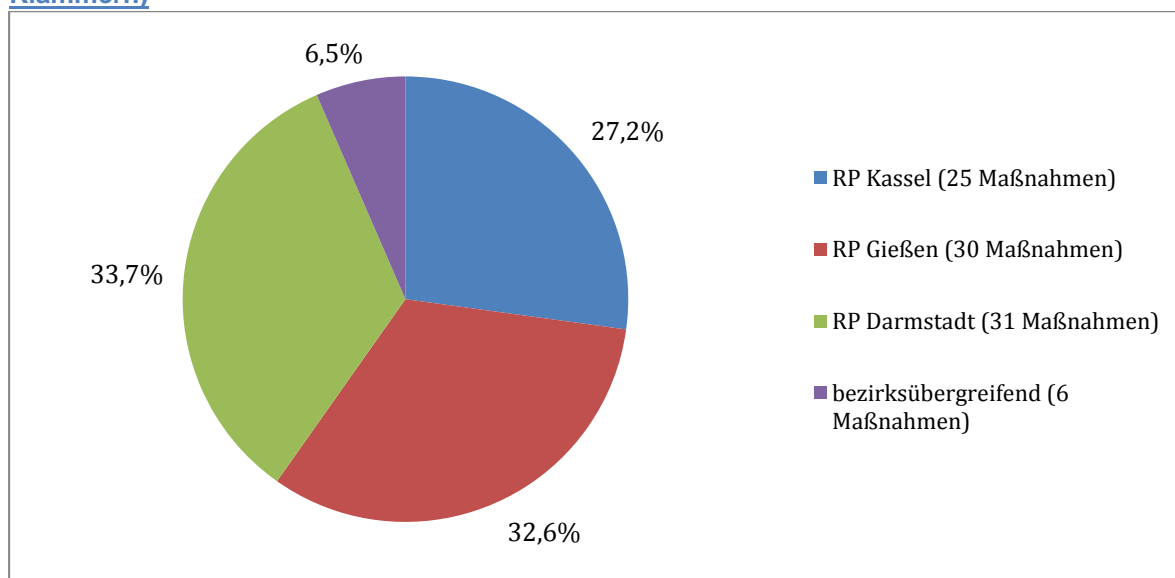
Regionaler Schwerpunkt der Präventionsarbeit war der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 16 Präventionsprojekten. Jeweils 7 Veranstaltungen fanden im Landkreis Kassel, im Lahn-Dill-Kreis und im Landkreis Fulda statt, gefolgt von 6 hessenweit ausgerichteten Präventionsangeboten.

Abbildung 12: Präventionsangebote nach Landkreisen (absolute Häufigkeiten)



Blickt man auf die Verteilung der Präventionsprojekte nach Regierungspräsidien (RP), so ist diese annähernd gleich. Die meisten Veranstaltungen – nämlich 31 – fanden im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt statt (33,7 %), gefolgt vom RP Gießen mit 30 Veranstaltungen (32,6 %) und dem RP Kassel mit 25 Veranstaltungen (27,2 %). Sechs Veranstaltungen wurden überregional hessenweit ausgerichtet (z. B. themenspezifische Fachtage).

Abbildung 13: Verteilung der Präventionsprojekte 2016 nach Region (absolute Zahlen in Klammern)



ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Beratung und Prävention 2015 und 2016 (absolute Häufigkeiten)	4
Abbildung 2: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007-2016 (absolute Häufigkeiten)	6
Abbildung 3: Beratungsfälle 2016 pro Landkreis (absolute Häufigkeiten)	8
Abbildung 4: Verteilung der Beratungsfälle 2016 nach Regierungsbezirken	9
Abbildung 5: Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer (absolute Häufigkeiten)	10
Abbildung 6: Beratungsanlässe (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)	12
Abbildung 7: Beratungsbedarfe(Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)	13
Abbildung 8: Anzahl der Präventionsfälle im Jahr 2015 und 2016 (absolute Häufigkeiten)	14
Abbildung 9: Präventionsformate (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)	15
Abbildung 10: Themen der Präventionsangebote (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)	16
Abbildung 11: Zielgruppen der Präventionsangebot (Mehrfachnennungen möglich) (relative Häufigkeiten)	17
Abbildung 12: Präventionsangebote nach Landkreisen (absolute Häufigkeiten)	18
Abbildung 13: Verteilung der Präventionsprojekte 2016 nach Region (absolute Zahlen in Klammern)	19

beratungsNetzwerk hessen

Gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus



**Bei Fragen und Anregungen zu unserem Angebot
können Sie sich gerne jederzeit an uns wenden:**

Demokratiezentrum / Beratungsnetzwerk Hessen

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Tel. 06421 / 28 21 110

E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS**

V.i.S.d.P.: Demokratiezentrum Hessen, Marburg

Logo beratungsNetzwerk hessen: KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH